

Mag. Ulrike Lunacek, MdEP

---

### **Für den Sieg der Liebe, Freude und Vernunft gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung**

Zum Anlass des 20-jährigen Bestehens der „Grünen andersrum“ in Österreich wurde ich unlängst in einem Interview gefragt, wie ich die politische Lage in Bezug auf Gleichberechtigung von LGBTI-Personen beurteile. Ich habe geantwortet: „Vieles ist in den vergangenen 20 Jahren für uns LGBTI-Menschen in Österreich besser geworden: Wir sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen – und da werden wir bleiben, wir werden uns nicht mehr zurück in die Heimlichkeit, ins Verstecken und Angst haben drängen lassen!“ Und es stimmt: In den letzten Jahrzehnten ist sowohl in Österreich als auch in anderen EU-Staaten einiges positiv weitergegangen in puncto Rechte – vor allem auch durch den Druck aus der EU und durch Gerichtsurteile. Gleichzeitig ist unsere Forderung für rechtliche Gleichstellung auf allen Ebenen natürlich nach wie vor aufrecht. Denn Gleichstellung bedeutet Anerkennung.

Mittlerweile gibt es ja viele Filme und Romane, die positive Bilder von Lesben und Schwulen transportieren. Und es gibt auch immer mehr von uns, die offen und ohne Scheu dazu stehen, dass wir uns in Menschen des gleichen Geschlechts verlieben. Diese Sichtbarkeit – zum Beispiel auch bei Regenbogenparaden – ist genauso wichtig wie die rechtliche Gleichstellung. Beides ändert die negativen Bilder in den Köpfen und Herzen vieler Menschen, diese Erfahrung habe ich selbst gemacht.

Und hier fordere ich auch Mut und Solidarität aus der heterosexuellen Welt, bis hin in höchste Regierungs- und Wirtschaftskreise, laut und deutlich gegen Homophobie aufzutreten und klarzustellen, dass wir Menschen in all unserer Unterschiedlichkeit Respekt und Achtung auch Anders-Denkenden und Anders-L(i)ebenden gegenüber bringen müssen. Wenn jeder und jede, der oder die eine Lesbe, einen Schwulen, eine/n Bisexuelle/n, eine Transgender- oder Intersex-Person kennt, und das sind die meisten, offen zu diesen Menschen stehen würde, oder auch die eigenen homoerotischen Gefühle anerkennen und nicht verdrängen, dann würde die Lufthöhe über den Stammtischen ganz anders, nämlich realitätsnäher und menschenfreundlicher ausschauen.

Derzeit sind wir aber noch weit davon entfernt. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersex-Personen in Europa sind nach wie vor massiver Benachteiligung, Mobbing und Gewalt ausgesetzt – in Schulen, am Arbeitsplatz und in ihrem alltäglichen Lebensumfeld, wo immer wieder Angst vorherrscht. In einer von der EU-Grundrechteagentur durchgeführten Umfrage gaben rund die Hälfte aller TeilnehmerInnen an, persönliche Diskriminierung oder Belästigung in Bezug auf ihre sexuelle Orientierung zu erleben. 2/3 der Befragten gaben an,

auf der Straße Angst davor zu haben, mit ihrem/ihrer Liebsten Hand in Hand zu gehen. Mindestens 60 Prozent erfuhren aufgrund ihres Lesbisch- oder Schwulseins negative Kommentare oder Behandlung in der Schule. 35 Prozent der befragten Transgender-Personen wurden innerhalb eines Jahres entweder angegriffen oder mit Gewalt bedroht.

Diese Zahlen zeigen, dass wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen können. Jetzt sind Taten gefragt. Es muss unser Ziel sein, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersex-Personen in Freiheit und ohne Angst leben können. Die EU gründet auf den Werten der Gleichheit und des Respekts. Unter der Europaflagge müssen alle Menschen geschützt sein. Das Europäische Parlament und besonders wir in der LGBT-Intergroup verstehen uns dezidiert als Watchdog und UnterstützerIn für die Umsetzung von LGBT-Rechten, damit Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in Freiheit und ohne Angst leben können.

Diskriminierung gegen LGBTI-Menschen ist ein No go! Wer dagegen verstößt, stellt sich außerhalb des Rechts und muss bestraft werden. Spätestens seit dem sprunghaften Anstieg von Gewalttaten, u.a. gegen ethnische und sexuelle Minderheiten nach dem Brexit-Votum in Großbritannien und dem Anstieg verhetzender Sprache in Politik und Gesellschaft, u.a. in sozialen Medien, haben wir gesehen, dass verbale Gewalt in Form von aggressiv geführten (Wahl-)Kampagnen anscheinend auch die Hemmschwellen zu körperlicher Gewalt verringert. Alle demokratischen und gesellschaftsliberalen Kräfte in ganz Europa sind gefordert, dieser Hetze und Gewalt entschieden entgegenzutreten: durch effektive Anti-Diskriminierungsgesetzgebung für alle Lebensbereiche, durch Verschärfung der Maßnahmen gegen Hetze, aber auch durch Ausbau der Opferschutzeinrichtungen – für ein Leben in Freiheit und ohne Angst, für alle!

Das bringt mich zur wichtigen Rolle die auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in diesem Bereich gemäß ihrem Selbstverständnis nach spielt und spielen muss. Zu den Zielen der OSZE gehören neben der Schaffung von umfassender Sicherheit, Konfliktverhütung und Konfliktmanagement auch der Schutz von Menschenrechten, demokratischen und rechtsstaatlichen Standards. Frieden und Sicherheit können auf Dauer nur dann bestehen, wenn auch Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet werden. Die parlamentarische Versammlung der OSZE fordert in diesem Sinn in ihrer „Oslo Deklaration“ von 2010 auch „die Teilnehmerstaaten auf, sicherzustellen, dass die Grundrechte von LGBT-Personen, etwa auch die freie Meinungsäußerung, Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit, in Übereinstimmung mit den internationalen Menschenrechtsstandards geschützt werden“. Explizit werden darin „jede Form der Aufhetzung und jede diskriminierende oder beleidigende Äußerung gegen LGBT-Personen oder -Gruppen“ verurteilt und die Teilnehmerstaaten werden genauso aufgefordert, „Gesetze zu verabschieden, die jede Form der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität verbieten“.

Und in der Erklärung von Helsinki der parlamentarischen Versammlung der OSZE aus 2015 werden die OSZE-Teilnehmerstaaten zudem aufgefordert, „alle gesetzlichen Vorschriften ge-

gen lesbische, schwule, bisexuelle und transgender-Personen (LGBT), auch solche, die die Weitergabe von Informationen zu diesem Thema kriminalisieren, außer Kraft zu setzen“.

Damit wurden ganz konkret OSZE-Staaten wie Russland angesprochen, wo sich die rechtliche und soziale Situation für Menschenrechtsorganisationen und speziell für NGOs aus den Bereichen ethnische Minderheiten, MigrantInnen und LGBTI-Menschen in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert hat. Ein Gesetz, das „Propaganda von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen“ verbietet, ist in Kraft getreten – und dient einzig und allein einer Sündenbockpolitik, die Lesben und Schwule als Ursache für gesellschaftliche Probleme stigmatisiert und postwendend auch zu einer politisch motivierten Zunahme von Homophobie in Russland geführt hat.

Aber nicht nur Russland ist in der Hinsicht heftig zu kritisieren, auch andere OSZE-Teilnehmerländer wie Ukraine oder Moldawien gehören hier dafür an den Pranger gestellt, dass sie beispielsweise als strafbaren Tatbestand festlegen, wenn man in der Öffentlichkeit positiv über Homosexualität zu sprechen wagt. Sogar in einem EU-Land wie Litauen wurden derartige Gesetze beschlossen. So wie die EU ist auch die OSZE gefordert hier nicht wegzuschauen, sondern beständig weiter ihre Stimme für die Abschaffung derartiger Schandgesetze zu erheben, die viele BürgerInnen in diesen Ländern nicht nur schwer diskriminieren und ins gesellschaftliche Abseits stellen, sondern sogar der strafrechtlichen Verfolgung aussetzen. Das Hate Crime Reporting der OSZE zeichnet hier ein realistisches wie erschreckendes Bild über die homophoben Auswüchse in OSZE-Ländern.<sup>1</sup>

Ich fordere in diesem Sinne auch das derzeitige OSZE-Vorsitzland Österreich und Außenminister Sebastian Kurz auf, sich explizit dieses Thema anzunehmen und sich eindeutig gegen diskriminierende Politik und Gesetzgebung sowie jede Verharmlosung von Homophobie in den betreffenden OSZE-Teilnehmerländern auszusprechen. Weiter gehören die personellen Nachbesetzungen sowohl für den/die neu zu besetzenden OSZE-Beauftragte/n für die Freiheit der Medien und die unbesetzte Position des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten schnellstens vollzogen. Der Europäische Außenministerrat hat Leitlinien für das Handeln des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) festgelegt (Guidelines to promote and protect the enjoyment of all human rights by LGBTI-persons), die Mindestschutzstandards gegen Diskriminierung von LGBTI-Menschen garantieren. Darauf können sich auch OSZE-VertreterInnen beziehen.

Vielfalt ist der Reichtum unserer Gesellschaften, und wir sollten das wertschätzen und uns nicht einreden lassen, dass Unterschiede Angst machen. Deswegen braucht es auch viel mehr Aufklärung an Schulen und in allen Bildungsinstitutionen, und die Lehrbücher müssen entsprechend gestaltet werden. Hauptaufgabe ist: Aufklärung, Information und Enttabuisierung zu bieten. Und es muss ein klares und verschärftes Vorgehen gegen homophobe Hetze geben.

---

<sup>1</sup> <http://hatecrime.osce.org/what-hate-crime/bias-against-lgbt-people>

Aber auch LGBTI-Menschen selbst müssen beitragen Ängste und Vorurteile abzubauen. Wir müssen uns trauen, mit unserer Lebensform offen umzugehen, damit wir sichtbar sind – als „ganz normale Menschen“; sei es in der Familie, in der Schule, im Sport-, Musik- oder Trachtenverein, an der Uni, in der Firma, im Betrieb.

Wie in meinem Beitrag in den BBE Europa-Nachrichten<sup>2</sup> geschrieben, habe ich 2014 als zuständige Berichterstatteerin einen Bericht durchs Plenum des Europaparlaments gebracht, der die EU-Kommission auffordert, einen Vorschlag für einen europaweiten Aktionsplan gegen Homophobie und Diskriminierung auszuarbeiten. Der Inhalt dieses Berichts für eine „EU-Roadmap gegen Homophobie und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität“<sup>3</sup> ist sehr detailliert und praxisorientiert.

Um nur ein paar Forderungen daraus zu zitieren: Die Kommission sollte sich bemühen, dass Themen im Zusammenhang mit den Grundrechten lesbischer, schwuler, bi-, trans- und intersexueller Personen bei sämtlichen relevanten Arbeiten einbezogen werden – beispielsweise beim Entwurf künftiger politischer Maßnahmen und Vorschläge oder bei der Überwachung der Umsetzung von EU-Recht; oder: Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten angehalten werden, relevante und vergleichbare Daten zu der Situation von LGBTI-Personen in der EU zu erheben; oder: Kommission und die Mitgliedstaaten sollten gemeinsam mit den einschlägigen Einrichtungen darauf hinwirken, die Bevölkerung für die Rechte von LGBTI-Personen zu sensibilisieren; oder: Die Kommission sollte mit all ihren Jugend- und Bildungsprogrammen die Gleichbehandlung aller Menschen fördern und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität bekämpfen; ... Zusammengefasst fordert dieser Bericht also eine Vielzahl von systematischen Initiativen zum Kampf gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität.

Vor der Abstimmung des Berichts gab es massives Antilobbying von religiös-fundamentalistischen Organisationen. Meine Mailbox wurde von über 40.000 Mails überschwemmt, die alle dieselben unfassbaren und dummen Vorwürfe beinhalteten. Dennoch haben wir eine solide Mehrheit für diesen Bericht im EP bekommen. Nun ist es hoch an der Zeit, dass die Kommission ihre in der Folge meines Berichtes vor einem Jahr vorgestellte „Aktionsliste“ rasch und umfassend umsetzt.

Regelmäßig nehme ich an Regenbogenparaden in Ländern teil, wo diese noch keine fröhlichen und akzeptierten Feste der Vielfalt sind. Meine Anwesenheit als erste offen lesbische Vizepräsidentin des Europaparlaments macht anderen Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender Mut und macht gleichzeitig allen heterosexuellen ZweiflerInnen oder KritikerInnen deutlich: „Es ist normal, anders zu sein!“

---

<sup>2</sup> BBE Europa-Nachrichten Ausgabe 9/2015: <http://www.b-b-e.de/archiv-des-eunewsletters/bbe-europa-nachrichten-archiv-2015/3-quartal-2015/bbe-europa-nachrichten-newsletter-fuer-engagement-und-partizipation-nr-9-vom-2492015/>  
<sup>3</sup> <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2014-0062+0+DOC+XML+V0//DE>

So war ich im Vorjahr unter anderem bei der baltischen Regenbogenparade in Vilnius, die ich schon lange unterstütze. In Litauen gibt es – wie oben bereits kritisiert – ein Propagandagesetz, das öffentliches Reden über andere als heterosexuelle Formen des Zusammenlebens verbietet. Da ist es sehr wichtig Präsenz zu zeigen, Druck zu machen, gegen homophobe Auswüchse aufzutreten und zu zeigen: Unter der EU-Flagge sind wir vor Diskriminierung geschützt.

Und um mit einem für mich sehr positiven Beispiel zu enden: Ich war im Sommer 2016 auch bei der Parade in Warschau. Vereinzelt war ein Stinkefinger zu sehen, ansonsten war es aber eine fröhliche, bunte Parade von 30.000 Menschen, die durchs Zentrum der Stadt gezogen sind. Ich hatte Proteste und Attacken so wie bei Europride 2010 befürchtet, gerade auch, weil die neue PiS-Regierung ihr Missfallen gegenüber uns Lesben und Schwulen mit ihrer autoritären Politik immer wieder zum Ausdruck bringt. Aber dieses Mal war es anders: Keine Attacken von Rechtsextremen oder katholischen FundamentalistInnen, alles friedlich. Dieses Mal flankierten unseren Weg durch die Stadt freundliche PassantInnen auf den Gehsteigen und offene Fenster, aus denen uns Jung und Alt zuwinkte. An diesem Tag in Warschau haben Liebe, Freude und Vernunft gegen Hass, Hetze und Ausgrenzung gesiegt. Diese Erfahrung war wichtig, für uns alle in Europa. Denn in Zeiten wie diesen dürfen wir uns nicht unterkriegen lassen von jenen – seien es religiöse FundamentalistInnen, rechtsextreme Fanatiker oder Terroristen – die LGBTI-Menschen wieder aus der Öffentlichkeit in die Enge und Starre der Unsichtbarkeit zurückdrängen wollen. Erfahrungen wie die in Warschau machen Mut und geben Kraft: Wir schaffen das!

### **Autorin**

**Ulrike Lunacek** ist Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments (Grüne/EFA-Fraktion) und Co-Vorsitzende der LGBTI-Intergroup im EP.

**Kontakt:** [ulrike.lunacek@gruene.at](mailto:ulrike.lunacek@gruene.at)

### **Redaktion**

**BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland**

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

[newsletter@b-b-e.de](mailto:newsletter@b-b-e.de)

[www.b-b-e.de](http://www.b-b-e.de)